

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/42

Bonn, den 3. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |   |     |
|-------|---|-----|
| 1     | <u>Der Staatsanwalt und das Gesetz</u>  | 32  |
|       | Eine Änderung des materiellen Strafrechtes ist fällig<br>Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB |     |
| 2 - 4 | <u>Haushalt der Unsolidität</u>   | 110 |
|       | Unübertroffene Sturheit der Koalitionsparteien<br>Von Max Seidel, MdB                         |     |
| 5 - 6 | <u>Mit wem sprechen die Ostberliner ?</u>   | 63  |
|       | Am Rande der Leipziger Messe  |     |
| 6     | <u>Ein Schritt in die richtige Richtung</u>   | 26  |
|       | Zur Einigung in die Fusion der Europa-Behörden  |     |

\*

\*

Der Staatsanwalt und das Gesetz

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB.

Es gehört zu unseren Überlieferungen, daß der Staatsanwalt jedes ihm bekanntwerdende Vergehen gegen das Strafrecht verfolgen muß. Er kann sich selber straftar machen, wenn er die Aufklärung und Anklage einer Straftat unterläßt. Man nennt diese Bindung des Staatsanwaltes an das Gesetz das "Legalitätsprinzip".

Jetzt haben CDU/CSU und FDP im Bundestag beantragt, den gesetzlichen Verfolgungszwang für eine Reihe von politischen Delikten, zumal der Staatsgefährdung, aufzuheben und durch das "Opportunitätsprinzip", d.h., durch ein Ermessen der Staatsanwaltschaft von Fall zu Fall, zu ersetzen, ob sie anklagt oder nicht.

Dieser Antrag erwächst aus dem großen Unbehagen über unser politisches Strafrecht. Viel zu vage Strafnormen der Strafrechtsänderung von 1951 sind von der Rechtsprechung viel zu weit ausgelegt worden und haben in einer Reihe von Fällen große Verlegenheiten bereitet (z. B. im Falle des Ostberliner Rundfunksprechers Grashnick). Fällig ist seit langem eine Änderung dieses Strafrechtes. Statt ihrer wollen die Regierungsparteien den Staatsanwalt von der Pflicht zur Verfolgung politischer Delikte entbinden. Das ist ein Abweg, dem die SPD grundsätzlich widerspricht.

Wie man hört, würden die Antragsteller mit einer zeitlichen Befristung der Durchbrechung des Verfolgungszwanges einverstanden sein. Das Opportunitätsprinzip bei politischen Delikten wäre also nicht Prinzip, sondern selbst nur Opportunität - sozusagen ein opportunistisches Opportunitätsprinzip zur Verdeckung der Tatsache, daß die Regierungsparteien die längst fällige Änderung des materiellen Rechtes vor sich hergeschoben haben und nun auf eine Weise die Fesseln des ungenuten Strafrechtes von 1951 abstreifen wollen, die die Gleichheit aller vor dem Gericht aufhebt.

Es sollte auch in diesem zu Ende gehenden Bundestag immer noch die Kernaufgabe angefaßt werden. Sie lautet: Änderung des sachlichen Strafrechtes!

+ + +

## Haushalt der Unsolidität

### Unübertreffliche Sturheit der Koalitionsparteien

Von Max Seidel, MdB

Der letzte von der Bundesregierung eingebrachte Bundeshaushaltsplan ist verabschiedet. Gegen die Stimmen der SPD wurde der "Haushalt der Unsolidität" 1965 von den Koalitionsparteien angenommen. Der fünftägigen Debatte zur zweiten und dritten Lesung des Haushaltes fehlte es nicht an Farbigkeit, Temperament und scharfer, sachlicher Auseinandersetzungen. Insofern hatte das Parlament seine Aufgabe bei dieser Etatdebatte erfüllt. Nicht das richtige Maß fand der Ältestenrat in seiner zeitlichen Planung. Die dritte Lesung auf den Freitag gesetzt und auf knapp sechs Stunden zusammengedrückt, wird der Sache wenig gerecht. Es entstehen starke zeitliche Begrenzungen und die Rücksichtnahme darauf bremst das Austragen der grundsätzlichen finanz- und haushaltspolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Opposition und Regierung.

\* \* \*

Höhepunkte der Debatte war ohne Zweifel die Beratung des Kanzleretats in der zweiten Lesung und die Wertung des Bundeshaushaltsplanes nach seiner finanz- und haushaltspolitischen Gestaltung und Bilanzierung in der dritten Lesung. Jedem Beobachter der Auseinandersetzungen blieb nicht verborgen, daß den Hauptsprechern der SPD-Fraktion, dem Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler und dem Finanzexperten Dr. Alex Köller, was die Sache betrifft, der potentielle Gegenpart in der Debatte fehlte. Nach Erlers umfassender Darstellung der Diskrepanz zwischen Regierungserklärungen und Wirklichkeit in der Amtszeit der Bundesregierung blieb auffallenderweise Bundeskanzler Erhard die Antwort schuldig. Geschah es aus Unlust, Verärgerung oder sachlichem Unvermögen? Wahrscheinlich alles zusammen. Jedenfalls für den Mann, der die Richtlinien der Politik bestimmt, blamabel genug. Während seine Ressortminister der Opposition sich stellten, hatte der Chef der Regierung zum ganzen Bundeshaushalt, außer seiner außenpolitischen Erklärung, nichts zu sagen. Vielleicht ist er des Kanzlergeschäftes müde und steht nur noch in der Schlußphase der Parlamentsrunde, um der Koalition den Schock seines Fallens zu ersparen. Nach dieser fatalen Szenerie vom 17. Febr. 1965 versteht man seine bisherige Abneigung, mit Willy Brandt vor dem Fernsehschirm die Klagen zu kreuzen.

\* \* \*

Getreu dem Wort "Alle Jahre wieder" hatte auch diesmal die Koalition das "geschlossene System des ausgeglichenen Haushaltes" mit Zähnen und Klauen verteidigt. Nicht eine Position oder Zahl konnte auf Drängen der

SPD-Fraktion im Etat verändert oder ausgetauscht werden. Nach fünftägiger Debatte blieb alles so, wie die Koalitionsmehrheit im Haushaltsausschuß in der Abschlußberatung am 29.1.1965 beschlossen hatte. Diese Sturheit ist unübertrefflich. Jedes Argument für die Veränderung wurde verworfen und die größere Zahl der Mandate sicherte bei Abstimmungen das "geschlossene System" des Finanzministers. Obwohl diese Praxis vom ersten Tage der Debatte an ersichtlich war, versuchte die Opposition bis zum Schlußtag unentwegt, wenigstens bescheidene Verbesserungen z.B. zu Gunsten für den Küstenschutz, der Wissenschaftsförderung, der Sportförderung und des Honnefer Modells zu erreichen. Es war vergebens. Ein in der zweiten Lesung durch die Disziplin und dem Stehvermögen der SPD-Fraktion in den späten Abendstunden erzielter Erfolg für den Küstenschutz und die Wissenschaft wurde zwei Tage später von der Koalition wieder rückgängig gemacht. Parlamentarische Erfolge der SPD darf es nicht geben, selbst wenn dabei die Vernunft unter die Räder gerät. Wir werden es im Wahljahr noch erleben, in welchem gönnerhaften Stil die Meldung erscheint, die Regierung habe den Küstenschutz und die Wissenschaft von den vorgesehenen Kürzungen befreit.

\* \* \*

Erstmalig seit es den Verteidigungshaushalt gibt, hat das Parlament aufgrund der Abrede des Finanzministers und der Koalitionsparteien den ursprünglich von der Regierung eingebrachten Etatansatz um eine runde Milliarde gekürzt. Das muß festgehalten werden. Wenn in früheren Jahren die SPD laut daran dachte oder Anträge von weit geringerem Ausmaß stellte, war das Geschrei der Koalitionsparteien gegen die SPD groß. Jetzt, da diese Mittel aus dem Verteidigungshaushalt zur Stützung des Ausgleichs des Gesamtetats benötigt werden, ist das keine Schwächung des Verteidigungspotential und in jeder Weise gerechtfertigt. Da kann man nur sagen: der Zweck heiligt doch jedes Mittel. Um das Maß der Unaufrichtigkeit voll zu machen, beantragte die Koalition bei der Verabschiedung des Verteidigungsetats namentliche Abstimmung. Aus guten Gründen enthielt sich die SPD der Stimme. Das war nicht im Sinne der Koalition, sie wollte die Opposition zu einem "Ja" nötigen. - Wie die CSU, so sie in Opposition steht, ihre Abstimmungen bei Haushaltsberatungen bewertet wissen will, zeigen z.B. die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der CSU im Nürnberger Stadtrat, der am 16. 12. 1964 u.a. sagte:

- \* "Was den ordentlichen Haushalt anbetrifft, haben wir unsere Zustimmung bei den Einzelabstimmungen dort gegeben, wo wir in jedem Falle
- \* glaubten, dies sei sachlich und ganz und gar auch unserer Meinung.
- \* Wo wir dagegen gestimmt haben, waren es Gründe, die in der Sache
- \* lagen. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es dem besten demokratischen parlamentarischen Brauch entspricht, wenn wir zum ordentli-

- \* chen Haushalt aus unserer politischen Situation in diesem Haus
- \* "nein" sagen werden."

Darüber nachzudenken, wäre der CDU/CSU im Bundestag empfehlenswert. Bei insgesamt 31 Einzelplänen und dem Haushaltsgesetz stimmte die SPD-Fraktion zwölfmal mit "Ja" dreizehnmal mit "Nein" und siebenmal wurde Stimmenthaltung geübt.

Unausrottbar ist die Methode mancher Minister und Sprecher der Koalition, Äußerungen oder schriftliche Beiträge von Verbänden oder Organisationen, sofern sie Kritik an der Bundesregierung enthalten, der Opposition indirekt anzulasten. Diese großen und kleinen Verbände und Organisationen sind selbständig und unabhängig in ihrer Handlungsweise und Aussage. Die SPD ist weder der Zensor der Verbände, noch der Büttel für die Bundesregierung, die Kritik aus diesen Kreisen gegenüber der Regierung fernzuhalten. Man sollte endlich von dieser Art der Auseinandersetzung mit der SPD-Fraktion Abstand nehmen.

Erstmalig, aber richtig und notwendig war, daß der SPD-Sprecher Dr. Alex Köller anlässlich des letzten Bundeshaushaltsplanes dieser Legislaturperiode einige SPD-Gesetzesentwürfe und Anträge aus dem parlamentarischen Stillstand in diesem Bundestag zurückgezogen hat. Damit ist den Koalitionsparteien das Handwerk gelegt, alle abgelehnten oder nicht mehr aktuellen Gesetzesentwürfe mit finanziellen Auswirkungen als Aufrechnungen gegen die SPD propagandistisch zu verwenden. Was jetzt noch dem Bundestag an Gesetzesentwürfen und Anträgen vorliegt, steht nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums zu Lasten der SPD mit 3,2 Milliarden DM, zu Lasten der Regierung und der Koalition jedoch mit 6,5 Milliarden DM an. So sieht die Wirklichkeit aus.

Auf geduldigen Papier scheint der Haushalt 1965 in Höhe der 63,9 Milliarden DM ausgeglichen. Erzwungen wird das u.a. durch die siebenprozentige Kürzung, die zwanzigprozentige Bausperre, den ausgegebenen Schuldbuchforderungen, der Manipulation der Leertitel und durch die erheblichen Vorbelastungen künftiger Haushaltspläne. Ein ganzes Bündel des vielseitigen haushaltspolitischen Instrumentariums muß erhalten, um die Theorie vom "geschlossenen System des ausgeglichenen Haushaltes" und dem angeblich begrenzten Volumen des Bundeshaushalts nach dem Wirtschaftswachstum zu rechtfertigen. Ob uns das in der Praxis gut bekommt? Eine neue Bundesregierung wird mit diesem "Hexeneinmaleins" bisheriger Etatspolitik gründlichst aufräumen müssen.

Mit wem sprechen die Ostberliner ?

Am Rande der Leipziger Messe

sp - In der Leipziger Messe-Eröffnungsrede des DDR-Ministerpräsidenten Stoph ist eine Passage enthalten, in der die Bundesrepublik nahezu unbeachtet geblieben ist. Nicht zuletzt deshalb machten Ostberliner Beamte in privaten Gesprächen immer wieder gerade auf diese Passage aufmerksam, um die hier von Ostberlin zugemessene Bedeutung erkennen zu lassen. Man dürfte es also vor allem in Bonn nicht weiter unterlassen, diese wenigen Zeilen in der Stoph-Rede zu lesen und auch ihre Stichhaltigkeit nachzuprüfen.

Walter Stoph hatte während eines der vielen Abschnitte seiner Rede, in denen er immer wieder auf die Bundesrepublik zurückgriff, wörtlich gesagt: "Seit Jahr und Tag und bis in die jüngste Zeit haben wir den verantwortlichen Politikern in Bonn und auch in vielen internen Gesprächen konstruktive Vorschläge unterbreitet, um zu einer Entspannung und Normalisierung der Lage (zwischen Ostberlin und Bonn) zu kommen." Stoph ließ den Inhalt dieser Vorschläge nur andeutungsweise erkennen, aber er machte keinen Hehl daraus, daß man in Ostberlin von den "Realitäten des Jahres 1965" ausgeht und jeden möglichen, Ostberlin und Bonn betreffenden Kontakt (Fühlungnahmen, Gespräche, Verhandlungen, Vereinbarungen, Abkommen usw.) ausschließlich von dieser Basis aus betrachtet und bewertet wissen möchte. Damit dürfte klar sein, wie Ostberlin denkt und taktieren will.

Wenn die Ostberliner Taktik also kein Geheimnis mehr ist, dann bekommt der Hinweis Stophs auf die westdeutschen Kontaktpartner um so größeres Gewicht, wenn man die eifrigen Bemühungen der Ostberliner Funktionäre, die Aufmerksamkeit auf die zitierte Passage aus der Stoph-Rede zu lenken, richtig würdigen will. Nach Stoph gebe es also nicht nur Aktionen von Ostberlin aus, mit denen man ganz allgemein "die konstruktiven Vorschläge" der SED-Regierung in die Bundesrepublik übermittelte, es gab auch "viele interne Gespräche", die dem gleichen Zweck dienten, und auf diesem Teil des Hinweises von Stoph liegt auch das Hauptgewicht des von den Ostberlinern betont erwarteten Preises. Die Interpreten der Stoph-Passage lassen keinen Zweifel daran zu, in welchen Lagern diese westdeutschen Gesprächspartner zu suchen sein sollen und sein könnten, ohne allerdings Namen zu nennen. Immerhin wird klar, daß jene Politiker oder ihre Vertreter oder Vermittler, denen man in "internen Gesprächen" die "konstruktiven Vorschläge" der Ostberliner Regierung nahegebracht hat, nicht dem Bonner Oppositionslager angehören.

Es geht hier zunächst gar nicht um die Frage, ob solche Gespräche stattfinden sollen oder ob sie stattgefunden haben. Es scheint nur Bemerkenswert zu sein, daß ganz offensichtlich "interne" Kontakte auf oberer Ebene, die im offiziellen Gesprächsgebrauch des Regierungsamtes Bonn weit von der Hand gewiesen werden, vielleicht bestehen mögen. Natürlicherweise muß man mit Kontakten gerade zwischen den beiden deutschen Teilstaaten sorgsam umgehen, um sie nicht

durch die jeweils entfaltete Agitation von vornherein zu Schrot zermahlen zu lassen. Aber Kontakte in so wichtigen Bereichen, wie sie Stoph angesprochen hat, können das geheimnisvolle Gehebe, das sich dabei abgespielt zu haben scheint, nicht ertragen, wenn sie nicht Quellen von neuem starken Mißtrauen und Unbehagen sein sollen. Man müßte also vor allem in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages recht schnell für eine Klärung sorgen. Da man in Leipziger Gesprächen oft genug z.B. auf eine Modifizierung des "Vier-Staaten-Rahmens" oder "Daches" in einer formlosen Zustimmung der vier ehemaligen Siegermächte zu Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten etwa in Richtung auf eine Konföderation hingewiesen wird, sollte man vom Bundestag aus dafür sorgen, daß zumindest von jetzt an der Bereich sogenannter "interner" Gespräche sofort ausgeschlossen wird, um unnötigen und schließlich auch unbeabsichtigten Schaden zu verhüten.

+ + +

### Ein Schritt in der richtigen Richtung

#### Zur Einigung in die Fusion der Europa-Behörden

sp - Über 4.000 Bedienstete der drei Europa-Gemeinschaften in Luxemburg (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Montanunion und Euratom) werden noch in diesem Jahr ihre Koffer packen müssen. Ihr neues Domizil wird Brüssel sein. Mit der Einigung über die Fusion der drei Europa-Gemeinschaften ist ein langjähriger Streit beendet worden. Die Verlegung nach Brüssel beseitigt Nachteile und bringt große Vorteile. So wird es nun möglich sein, um nur ein Beispiel zu nennen, auf dem Gebiete der Energiepolitik zu einer Vereinheitlichung zu gelangen, an der es infolge starker Kompetenzstreitigkeiten der verschiedenen Behörden bisher gefehlt hat.

Die Fusion gibt der Exekutive eine starke Stellung. Eine Erweiterung der Befugnisse des Europa-Parlaments als Ausgleich und Korrektur bleibt unausweichlich. Das Europa-Parlament führt ein kümmerliches Dasein, es hat nur geringe Möglichkeiten, die Entscheidungen der Hohen Kommission zu beeinflussen. Entsprechende Vorschläge der sozialdemokratischen Mitglieder des Europa-Parlaments liegen seit langem vor. Die Bundesregierung wäre in diesen Fall auch gut beraten, würde sie den Gedanken der Direktwahl zum Verhandlungsgegenstand innerhalb der Sechser-Gemeinschaft machen. Das gäbe dem Europa-Parlament mehr Ansehen und Würde, es könnte aus dem Schatten treten, in dem es sich befindet und der Europa-Idee neuen Auftrieb geben. Es ist eben doch ein Unterschied, ob ein Abgeordneter von der Regierung ernannt oder vom Volke direkt gewählt wird. - Der Beschluß von Brüssel zeigt immerhin, daß es möglich ist, richtige Schritte in der richtigen Richtung zu tun, ein Fortschritt, der mit Genugtuung registriert werden kann.

+ + +